

Längsschnitturnfrage zur Arbeitsmarktpolitik zwischen 2010 und 2013



Tiefgreifende Einschnitte bei der Förderung von Langzeitarbeitslosen

Inhalt

Vorwort	1
Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse der Längsschnittuntersuchung 2010 bis 2013	3
1. Beteiligung der Paritätischen Mitgliedsorganisationen an der Längsschnittuntersuchung	4
2. Ergebnisse der Längsschnittuntersuchung 2010 bis 2013	6
2.1 Mittelkürzungen in der Arbeitsmarktförderung	6
2.2 Bewertung der Mittelkürzungen durch die Träger	8
2.3 Rückgang von Einrichtungen, Beschäftigten und Teilnehmer/-innen	9
3. Reaktionen der Träger auf die gekürzten Fördermittel	12
3.1 Veränderung der Einrichtungsgröße und der Förderstruktur	12
3.2 Warum sind Einrichtungen ausgeschieden? Ein Vergleich aktiver und ausgeschiedener Einrichtungen	15
3.3 Praxisberichte der Träger	17
Anhang: Dokumentation von anonymisierten Kommentaren und Berichten der Träger	18

Vorwort

Arbeitslosigkeit ist mehr als nur ein Verlust von Einkommen. Arbeitslosigkeit geht mit der Verringerung der sozialen Teilhabe, mit Statusverlusten, reduzierten Sozialleistungsansprüchen und wachsender Perspektivlosigkeit einher. Langzeitarbeitslose treffen diese Verluste mit aller Härte. Den Betroffenen und ihren Familien Perspektiven zu bieten, gehört deshalb an die Spitze der politischen Agenda. Die Realität hingegen sieht anders aus: Mehr als ein Jahrzehnt nach Beginn der Hartz-Reformen am Arbeitsmarkt wartet das Versprechen, neben das Fordern auch das Fördern zu stellen, nicht nur weiter auf seine Einlösung. Die Förderung arbeitsloser Menschen wurde in den letzten Jahren sogar noch weiter zurückgefahren.

Während die Langzeitarbeitslosigkeit – ausgehend von einem ohnehin schon verfestigten hohen Sockel im Zeitraum der vier Untersuchungsjahre – noch einmal deutlich auf rund 1 Mio. Personen angestiegen ist¹, wurden die Mittel für die aktive Eingliederung drastisch gekürzt. Die allermeisten Langzeitarbeitslosen werden von den Jobcentern betreut. Ihrer deutlich gestiegenen Zahl um rund 25 Prozent oder 184.000 langzeitarbeitslosen Menschen² stehen Kürzungen der Gelder für die aktive Arbeitsförderung in Höhe von rund 50 Prozent gegenüber.³

Während die Arbeitslosenzahlen in den vergangenen Jahren stagnierten, wurden die Leistungen zur Eingliederung in Arbeit massiv gekürzt. 2010 waren dafür noch 6,6 Milliarden Euro eingeplant, bis 2013 sank dieser Ansatz dann stetig bis auf 3,9 Milliarden Euro. Gleichzeitig kommt immer weniger Geld davon tatsächlich der Förderung von Arbeitslosen zugute, denn haushaltsrechtlich können die Jobcenter zusätzliche

Verwaltungskosten zu Lasten der eigentlichen Fördermittel finanzieren. Während der Anteil der zu Gunsten der Verwaltung umgewidmeten Mittel 2010 noch bei 0,2 Prozent lag, stieg er in den folgenden Jahren – bei einem sinkenden Volumen der Eingliederungsleistungen – auf 11,4 Prozent im Jahr 2013 an. 445 Millionen der für Eingliederungsleistungen vorgesehenen Mittel von ohnehin nur noch 3,9 Millionen Euro gingen damit direkt in die Finanzierung der Arbeitsverwaltung. Dieser Trend darf nicht fortgeschrieben werden.

Die hohe und verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit ist auch aus einer internationalen Perspektive eine massive Schwachstelle des deutschen Arbeitsmarkts. Längst blickt auch die Europäische Kommission mit Sorge auf die große Zahl der dauerhaft in Deutschland vom Arbeitsmarkt ausgegrenzten Personen und kritisiert in diplomatischer Diktion, dass „die politischen Maßnahmen zur Verbesserung der Integration von Langzeitarbeitslosen bislang begrenzt waren“⁴.

In der zurückliegenden Legislaturperiode ist die Bundesregierung den eindringlichen Empfehlungen, geeignete Aktivierungs- und Integrationsmaßnahmen aufrechtzuerhalten, nicht gefolgt. Im Gegenteil: Die Bundesregierung hat die Förderangebote ausgerechnet für diesen Personenkreis drastisch reduziert.⁵ Die Einschnitte sind so massiv, dass es in den letzten Jahren zu einer Aussteuerung von arbeitsmarktfernen Personen aus der aktiven Arbeitsförderung gekommen ist. Langzeitarbeitslose sind in der aktiven Arbeitsförderung heute stark unterrepräsentiert. Alleine um ihrem hohen Anteil von rund 35 Prozent an allen Arbeitslosen gerecht zu werden, müssten die Förderangebote mehr als verdoppelt werden.⁶

1 Aktuell gibt es rund 1 Mio. langzeitarbeitslose Menschen. Viel größer ist die Zahl der sog. erwerbsfähigen Leistungsberechtigten, um deren Arbeitsmarktintegration sich die Jobcenter bemühen müssen. Beim Blick auf diesen Personenkreis wird das wahre Ausmaß des verfestigten Hilfebezugs in der Grundsicherung für Arbeitssuchende deutlich: Fast die Hälfte der rund 4,45 Mio. erwerbsfähigen Leistungsberechtigten im SGB II waren Juni 2013 vier Jahre und länger ohne Unterbrechung im Leistungsbezug (Bundesagentur für Arbeit 2013: Verweildauern von Leistungsberechtigten in der Grundsicherung für Arbeitssuchende)..

2 Die Zahl der Langzeitarbeitslosen im Rechtskreis SGB II ist von 736.000 Personen im Dezember 2010 auf 918.000 Personen im Dezember 2013 angewachsen, siehe Monatsberichte für Dezember und das Jahr 2010 sowie 2013 der Bundesagentur für Arbeit.

3 Vgl. Martens, Rudolf (2010): Unter unseren Verhältnissen II ... Atlas der Sozialkürzungen der Bundesregierung 2011-2014.- Paritätische Forschungsstelle, Paritätischer Gesamtverband, Berlin.

4 Europäische Kommission (2013): Empfehlung für eine Empfehlung des Rates zum nationalen Reformprogramm Deutschlands 2013 mit einer Stellungnahme des Rates zum Stabilitätsprogramm Deutschlands für die Jahre 2012 bis 2017.

5 Vgl. Martens, Rudolf (2010), a.a.O.

6 Sie bildeten mit einer Zahl von rund 1 Mio. oder 35,4 Prozent der offiziell gemeldeten Arbeitslosen in Deutschland im Dezember 2012 nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit eine besonders große Gruppe. Dennoch waren sie nur mit einem Anteil von 15 Prozent an Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik beteiligt.

Besonders massiv sind die Angebote der öffentlich geförderten Beschäftigung beschnitten worden, die sich vornehmlich an langzeitarbeitslose Menschen richten. Sie wurden im Zeitraum der letzten vier Jahre um mehr als 50 Prozent gestrichen; rund 150.000 Angebote sind weggefallen. Die Entwicklungen für langzeitarbeitslose Menschen in den letzten drei Jahren hat der Paritätische durch Befragungen seiner Mitgliedsorganisationen in der Arbeitsförderung beleuchtet. Damit wird ein anderer Blick auf die prekäre Situation in der Beschäftigungsförderung möglich. Die wiederholten Befragungen bieten Einblicke, die die offiziellen Arbeitsmarktdaten nicht liefern können.

Es zeigt sich, dass nach dem weitgehenden Wegfall der öffentlich geförderten Beschäftigung keine echten und ausreichenden Alternativen für langzeitarbeitslose Menschen entstanden sind. Es fehlen schlichtweg Angebote, die für diesen Personenkreis Chancen auf einen (Wieder-) Eintritt in die Arbeitsgesellschaft und soziale Teilhabe vermitteln. Sie bleiben häufig ganz ohne Förderung oder erhalten nur kurzfristige Fördermaßnahmen. Die Förderdauer einer Maßnahme im SGB II betrug im Jahr 2012 durchschnittlich nur vier Monate.⁷

Rund die Hälfte aller Langzeitarbeitslosen hat am Arbeitsmarkt nur geringe Chancen, weil sie über keinen Berufsabschluss verfügen. Doch die Jobcenter stellen nur wenige Förderangebote bereit, um diese Personen mit einer beruflichen Qualifizierung zu unterstützen.⁸

Auf der Seite der Träger haben die starken Kürzungen zu strukturellen Verwerfungen geführt. Langfristig erworbene Kompetenzen in der Förderung und Vermittlung fallen durch eine solche Förderpolitik weg. Viel Know-how, qualifiziertes Personal und Konzepte der Arbeitsförderung sind verloren gegangen. Doch die freien Träger sind ein wichtiges Standbein der Arbeitsförderung.

Der Paritätische setzt sich bei der neuen Bundesregierung dafür ein, der verfestigt hohen Langzeitarbeitslosigkeit und dauerhaften Hilfebedürftigkeit großer Bevölkerungsteile im SGB II endlich entgegenzutreten und dafür die Arbeitsmarktpolitik neu auszurichten. Der Zeitpunkt ist überfällig, die Förderung arbeitsmarktfremder Personen massiv auszubauen und dabei in nachhaltige Qualifizierung und die benötigte längerfristige Unterstützung zu investieren.⁹ Eine solche Arbeitsmarktpolitik, die Langzeitarbeitslosigkeit nicht ignoriert sondern bekämpft, braucht neue Rahmenbedingungen: Ohne eine Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente und zusätzliche Finanzmittel wird das Förderversprechen der Arbeitsmarktpolitik weiter uneingelöst bleiben.¹⁰ Das aber kann sich die Gesellschaft nicht leisten.

Dr. Joachim Rock

Abteilungsleiter Arbeit, Soziales und Europa

⁷ Bundesagentur für Arbeit 2012: Eingliederungsbericht der BA für das Jahr 2012.

⁸ Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit (BA) hatte im Jahr 2011 rund die Hälfte der Langzeitarbeitslosen keine Berufsbildung, siehe Bundesagentur für Arbeit (2011): Sockel- und Langzeitarbeitslosigkeit. Nur 15.000 Personen haben unter den Bedingungen des SGB II im Jahr 2012 mit einer Fort- und Weiterbildungsmaßnahme einen beruflichen Abschluss erwerben können, siehe Eingliederungsbericht der BA für das Jahr 2012.

⁹ Der Paritätische sieht nach eigenen Berechnungen einen jährlichen Investitionsbedarf von rund 2 Mrd. Euro für zwei Hauptanliegen einer gestaltenden Arbeitsmarktpolitik als notwendig an. Um tatsächlich jährlich 100.000 jungen Menschen ohne Berufsabschluss eine nachträgliche Chance zur Qualifizierung eröffnen zu können, werden diese Mittel ebenso benötigt, wie zum Aufbau eines Sozialen Arbeitsmarktes, durch den arbeitsmarktfremde Langzeitarbeitslose einen Zugang zur Erwerbsarbeit und Teilhabe an dieser Gesellschaft erhalten.

¹⁰ Martens, Rudolf; Rosenbrock, Rolf; Woltering, Christian (2013): Handlungsbedarf. Was Sozialreformen wirklich kosten.- Der Paritätische Gesamtverband, Berlin; Martens, Rudolf (2013): Finanzierungsnotwendigkeiten des Sozialstaates.- Paritätische Forschungsstelle, Paritätischer Gesamtverband, Berlin.

Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse der Längsschnittuntersuchung 2010 bis 2013

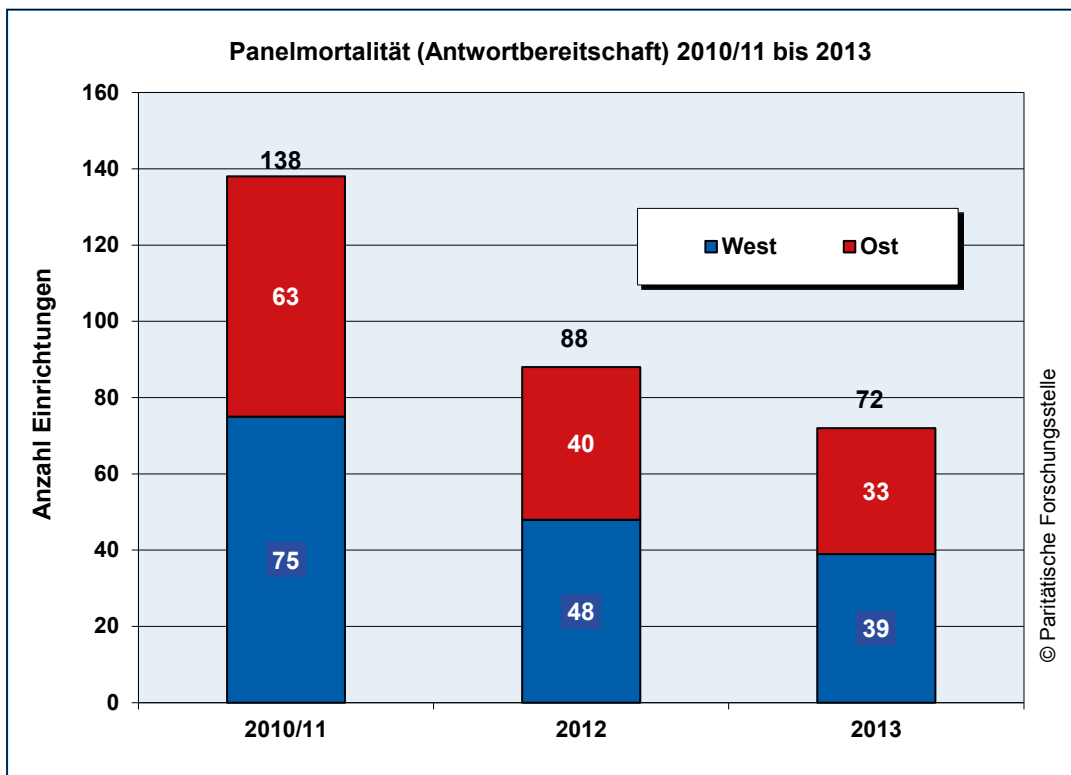
- Der Paritätische Gesamtverband präsentiert hiermit die Ergebnisse seiner über vier Jahre hinweg durchgeführten Befragung (zu den Jahren 2010, 2011, 2012 und 2013) unter Paritätischen Beschäftigungsträgern zu den Auswirkungen der Kürzungen in der Arbeitsmarktförderung auf das Angebot an Hilfen für Langzeitarbeitslose. Ein Schwerpunkt der Befragung wurde auf die Veränderungen bei den Instrumenten der öffentlich geförderten Beschäftigung gelegt.
- Hartz IV basiert auf einem gewünschten Gleichgewicht von „Fördern und Fordern“; doch Tatsache ist: Durch den Rückgang der Fördermittel bleibt ein stark wachsender Anteil von Langzeitarbeitslosen ohne Förderung.
- In den vier Untersuchungsjahren ist bei den in der Arbeitsförderung tätigen Mitgliedsorganisationen die Zahl ihrer Teilnehmer um insgesamt 49 Prozent reduziert worden. Am stärksten sind die Verluste bei den Arbeitsgelegenheiten, die in zwei Jahren um zwei Drittel verringert wurden. Die Streichung des Beschäftigungszuschusses hat zur Folge, dass es nicht mehr möglich ist, längerfristige Beschäftigungsangebote für arbeitsmarktfernste Langzeitarbeitslose zu fördern.
- Die Träger haben den Wegfall von Arbeitsgelegenheiten und des Beschäftigungszuschusses zu einem gewissen Teil durch andere Fördermaßnahmen der Jobcenter oder durch Förderprogramme Dritter ausgleichen können. Insgesamt konnte jedoch der massive Rückgang der Förderungen nicht aufgefangen werden.
- Die reduzierte Förderung wirkt sich nicht nur in der Einschränkung der Zahl der Angebote aus, sondern auch in verschlechterten Rahmenbedingungen für die weitere Förderung der Langzeitarbeitslosen, die künftig noch unterstützt werden. So zwingen die Kürzungen zu einer Reduzierung von Sozialarbeitsstellen, zur Streichung von Qualifizierungsanteilen und zu einer Reduzierung von Förderzeiträumen.
- Die Kürzungen hinterlassen tiefe Spuren in der Trägerlandschaft: Die Träger schrumpfen und müssen in großem Umfang Mitarbeiter/-innen entlassen. Vier Fünftel der Träger haben im Zeitraum 2010 bis 2013 ihre Mitarbeiterzahl reduziert. Im Durchschnitt hat sich in den letzten beiden Jahren die Größe Paritätischer Mitgliedsorganisationen in der Arbeitsförderung – gemessen an der Zahl der beschäftigten Mitarbeiter – nahezu halbiert. Tendenziell gelingt es kleineren Einrichtungen besser, ihre Einrichtungsgröße zu halten.
- Durch die Kürzungen der letzten Jahre mussten die Beschäftigungsträger ihre Förderangebote für arbeitsmarktferne Personen massiv einschränken. Die befragten Organisationen haben angegeben, in den letzten drei Jahren die Hälfte ihrer Teilnehmer/-innen – insgesamt 10.000 Teilnehmer/-innen - nicht mehr fördern zu können.
- Mehr als ein Drittel der ursprünglich befragten Träger hat seine Tätigkeit auf dem Gebiet der Arbeitsförderung mittlerweile vollständig eingestellt bzw. ist in die Insolvenz gegangen. Nur solche Akteure konnten im Zeitraum 2010 bis 2013 aktiv bleiben, die sich nicht auf die Nachhaltigkeit der Finanzierung der Arbeitsmarktförderung verlassen hatten und von Anfang an über zusätzliche Förderstandbeine verfügten.

1. Beteiligung der Paritätischen Mitgliedsorganisationen an der Längsschnittuntersuchung

Der Paritätische Gesamtverband hat im März 2011 eine Befragung unter Paritätischen Trägern, die sich in der Arbeitsmarktförderung engagieren, durchgeführt.¹¹ Von den etwa 200 Trägern, die bei der ersten Befragung angeschrieben wurden, hatten sich damals 138 Träger beteiligt. Diese 138 Träger wurden im März 2012 wiederum angeschrieben mit der Bitte, über ihre aktuelle Lage und über ihre Perspektiven für 2012 zu berichten.¹² Auf diese Weise war es möglich, von 122 Trägern Antworten zu bekommen, die sich bereits im Jahre 2011 geäußert hatten. Darüber hinaus lieferten 88 Träger vollständige Angaben für die Jahre 2010, 2011 und 2012, was eine Längsschnittbetrachtung ermöglichte.

In einer letzten Wiederholungsbefragung wurden alle Träger im März 2013 schriftlich anhand eines Fragebogens um Auskunft gebeten. Um die Antwortbereitschaft zu erhöhen, wurde schriftlich und insbesondere auch telefonisch bei den Trägern nachgefragt. Daraus ergaben sich bei 72 Trägern vollständige Angaben, die für eine Längsschnittbetrachtung der Jahre 2010 bis 2013 genutzt werden konnten.

Abbildung 1: Panelmortalität bzw. Beteiligung der Mitgliedsorganisationen bzw. Einrichtungen, die im Bereich Arbeitsmarktpolitik tätig sind und vollständige Angaben in den Fragebögen 2010 bis 2013 gemacht haben. Datenquelle: Eigene Berechnungen.



¹¹ Hofmann, Tina und Martens, Rudolf (2011): Umfrage zu den Kürzungen in der Arbeitsmarktpolitik: Langzeitarbeitslose verlieren! Paritätische Forschungsstelle, Paritätischer Gesamtverband, Berlin.

¹² Hofmann, Tina und Martens, Rudolf (2012): Längsschnittumfrage zu den Kürzungen in der Arbeitsmarktpolitik 2010 – 2012. Starke Einbußen für Langzeitarbeitslose. Paritätische Forschungsstelle, Paritätischer Gesamtverband, Berlin.

Der Verlauf der „Panelmortalität“ bzw. des Rückgangs der vollständigen Antworten zeigt Abbildung 1. Von ehemals 138 Mitgliedsorganisationen für die Jahre 2010/2011 haben sich bis 2013 72 Mitgliedsorganisationen bzw. Einrichtungen durchgängig mit vollständigen Angaben an der Panelbefragung beteiligt. Der zeitliche Verlauf ist typisch für Panelbefragungen: Nach der ersten Befragungswelle – 2011 mit retrospektiver Befragung 2010 – sinkt die Antwortbereitschaft der Einrichtungen mit 36 Prozent zunächst recht deutlich¹³, um sich danach auf niedrigerem Niveau relativ gesehen zu „stabilisieren“ – dies i. S. eines moderaten Absinkens der Antwortbereitschaft. Zwischen 2012 und 2013 sinkt die Antwortbereitschaft um 18 Prozent.

Die Ost-West-Verteilung der Mitgliedsorganisationen und bzw. Einrichtungen verhält sich etwa wie 45 zu 55 und zwar stabil zwischen 2010/11 bis 2013. Anders ausgedrückt, die Panelmortalität hat nicht zu einem selektiven Prozess in der Verteilung der Ost-West-Antwortbereitschaft geführt – sie hat gewissermaßen „gleichmäßig“ nachgelassen. Mit einer Stichprobengröße von 72 sind zwar einzelne Analysen möglich, jedoch lassen sich keine Ost-West-Trends mehr unterscheiden.

¹³ Diese Einrichtungen waren telefonisch zwar erreichbar, dennoch waren sie nicht bereit, ihre Antworten vollständig zu übermitteln; oftmals gab es Teilantworten, die für eine Längsschnittuntersuchung jedoch nicht ausreichten.

2. Ergebnisse der Längsschnittuntersuchung

2.1 Mittelkürzungen in der Arbeitsmarktförderung

Ausgangspunkt für die Längsschnittuntersuchung waren die seit dem Jahre 2010 drastisch zurückgefahrenen Eingliederungsmittel für die aktive Arbeitsmarktpolitik. Im Zeitraum 2010 bis 2013 sind die bereitgestellten Eingliederungsmittel im SGB II (Leistungen zur Eingliederung in Arbeit) von 6,6 Mrd. Euro (2010) auf 3,9 Mrd. Euro (2013) abgesenkt worden. Allein im Jahre 2011 wurde ein Fünftel der Eingliederungsmittel zur Förderung von Langzeitarbeitslosen gestrichen. Auch in den Folgejahren wurden die Eingliederungsmittel von 2011 auf 2012 und von 2012 auf 2013 noch einmal um 16 bzw. 12 Prozent gekürzt. Ab 2014 ist eine Stagnation der Förderung auf einem sehr niedrigen Niveau von 59 Prozent der Mittel (bezogen auf das Jahr 2010) eingetreten.

Ab 2014 ist eine Stagnation der Förderung auf einem sehr niedrigen Niveau von 59 Prozent der Mittel (bezogen auf das Jahr 2010) eingetreten.

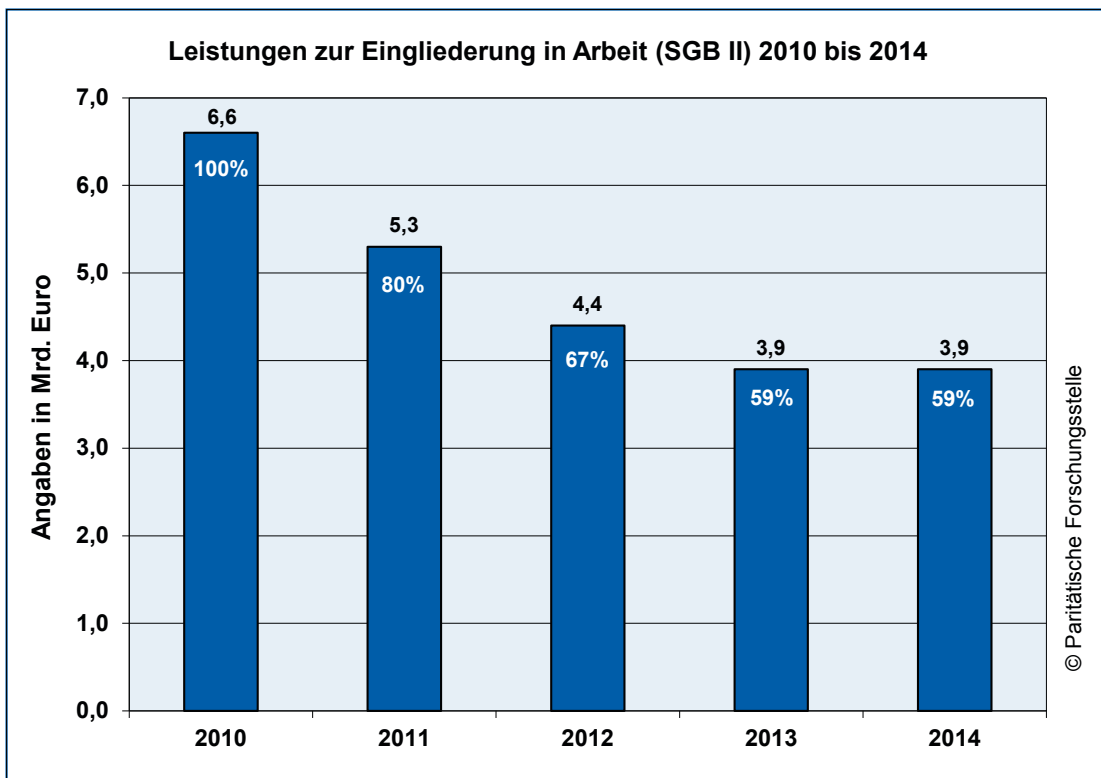
Tabelle 1: Arbeitskostenindex pro Arbeitsstunde für drei Dienstleistungsbereiche sowie der Verbraucherpreisindex für die Jahre 2010 bis 2013. Datenquelle: Statistisches Bundesamt, GENESIS-Datenbank, eigene Berechnungen (Imputation Werte der Dienstleistungsbereiche für das 4. Quartal 2013) und Vorausberechnungen für 2014.

Bezugsjahre	Dienstleistungsbereich	nicht marktbestimmte Dienstleistungen	Gesundheits- und Sozialwesen	Verbraucherpreisindex
2010	103,8	104,3	103,6	100,0
2011	106,4	107,0	106,5	102,1
2012	109,7	109,9	108,9	104,1
2013	112,1	112,9	111,1	105,7
2010 - 2013*	8,0%	8,2%	7,2%	5,7%
2010 - 2014*	10,7%	10,9%	9,6%	7,5%

* Bezugsjahr 2010 = 100,0

In Abbildung 2 lassen sich die Mittelkürzungen zwischen 2010 und 2013 graphisch verfolgen: Die Arbeitsmarktförderung ist um 41 Prozent gesunken – und zwar nominal. Im gleichen Zeitraum sind aber Arbeitskosten und Verbraucherpreise gestiegen. In Tabelle 1 finden sich die entsprechenden Indices; diese weisen aus, dass die Arbeitskosten pro Arbeitsstunde im Dienstleistungsbereich – Zeitraum 2010 bis 2013 – um ca. 7 bis 8 Prozent gestiegen sind, der Verbraucherpreisindex um gerundet 6 Prozent. Die oben geschilderte „Bodenbildung“ bei 59 Prozent nominal für das Jahr 2013 entspricht real 55 Prozent in Preisen von 2010, bei einem unterstellten Kostenindex von 7,5 Prozent 2013. (Real 54 Prozent für 2014 bei einem unterstellten Kostenindex von 10,0 Prozent.) Demnach liegt die reale Kürzung der Fördermittel seit 2010 bei fast der Hälfte der ursprünglichen Arbeitsmarktförderung.

Abbildung 2: Rückgang der Fördermittel für die aktive Arbeitsmarktpolitik 2010 bis 2014 in Prozent, Bezug 2010 = 100 Prozent. Datenquelle: Bremer Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe (BiAJ)



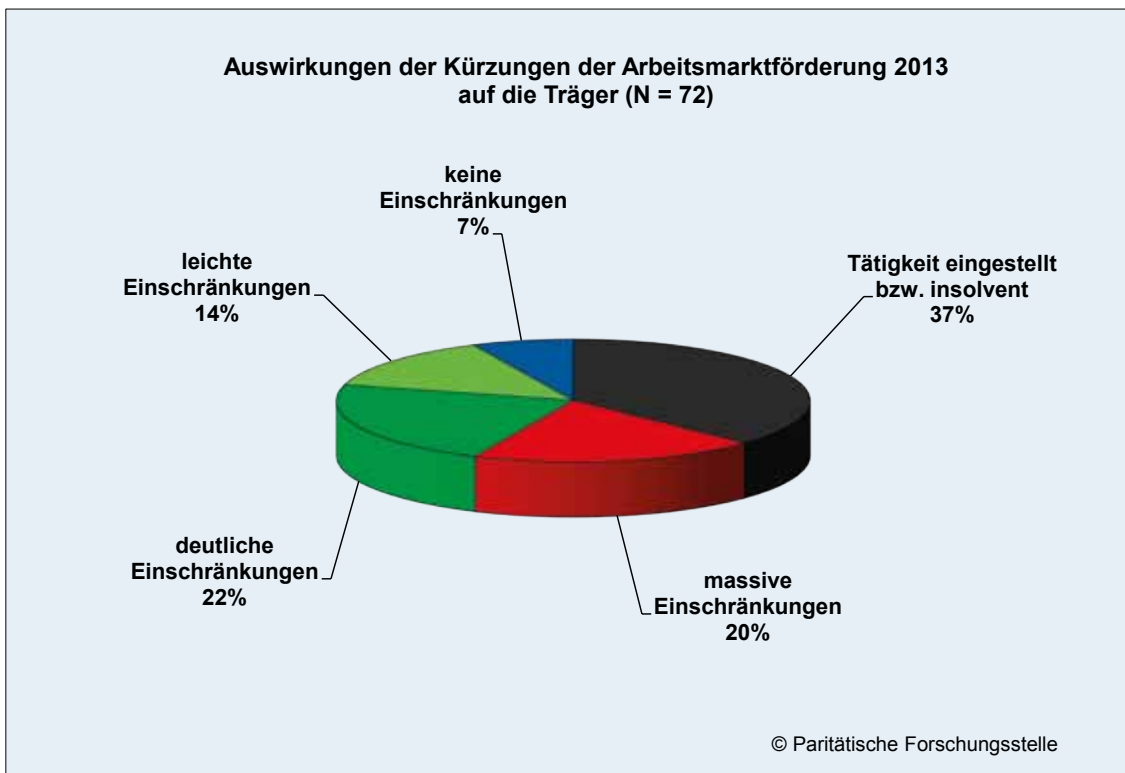
2.2 Bewertung der Mittelkürzungen durch die Träger

Nur eine Minderheit von Trägern verspürt 2013 keine Einschränkungen bzw. leichte Einschränkungen, mit 21 Prozent sind das lediglich ein Fünftel der befragten Organisationen (Abbildung 3). Vier Fünftel verspüren dagegen deutliche bis massive Einschränkungen oder sind sogar ausgeschieden – zwischen 2011 und 2013 haben endgültig 37 Prozent der Einrichtungsträger ihre Tätigkeit in der Arbeitsmarktförderung eingestellt.

Anzumerken ist, dass die qualitativen Einschätzungen bei den einzelnen Situationen der Träger gewissermaßen Sammeleindrücke wiedergeben. Diese Sammeleindrücke der Auswirkungen der Kürzung umfassen zum einen die Anzahl der Förderungen, die mehrheitlich zurückgegangen sind, zum anderen die Höhe der

einzelnen Förderung sowie die Qualität der Förderung. So musste in vielen Fällen eine Absenkung der Qualifizierungsanteile an den Arbeitsmarktförderungsmaßnahmen vorgenommen werden, weil Mittel gekürzt oder gestrichen wurden. Entsprechend bedeutet beispielsweise „massive Einschränkungen“ nicht nur eine deutliche Kürzung der Mittel und der Fördermaßnahmen sondern auch eine Verschlechterung der Förderbedingungen für die Teilnehmer/-innen.

Abbildung 3: Frage nach den Auswirkungen der Kürzungen Arbeitsmarktförderung auf die Träger bzw. Einrichtungen für das Jahr 2013.

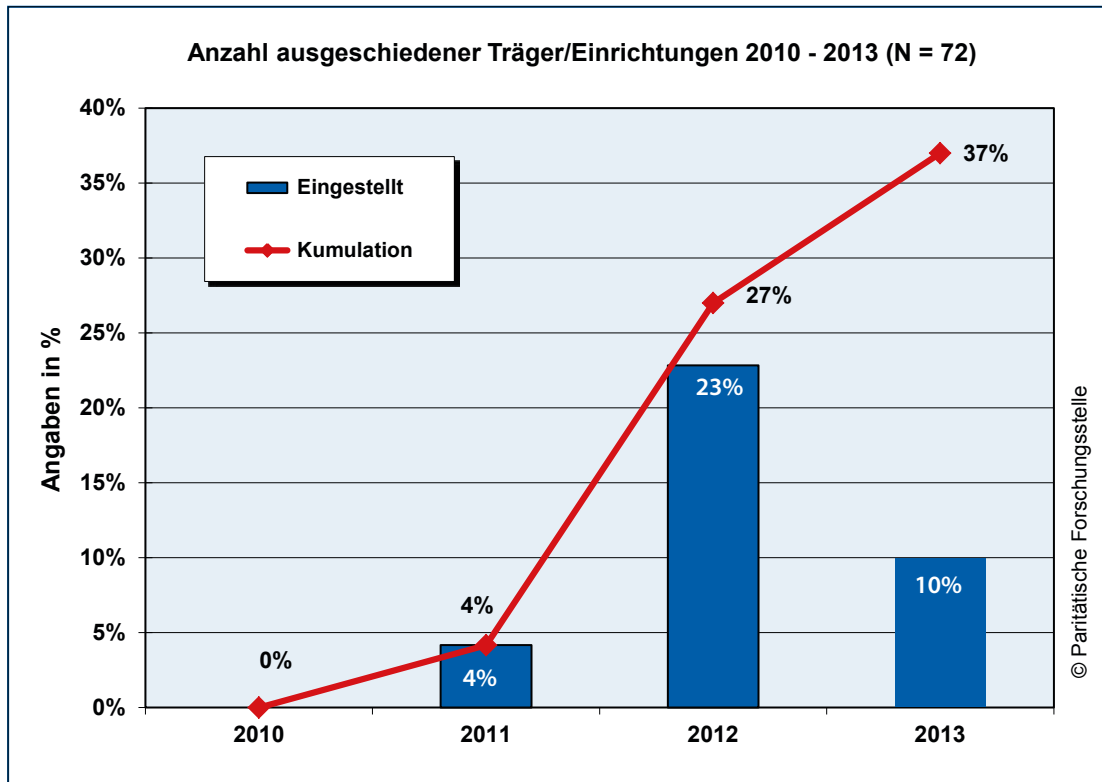


2.3 Rückgang von Einrichtungen, Beschäftigten und Teilnehmer/-innen

Im Zuge der Kürzungen der Arbeitsmarktförderung sind nicht nur die Zahlen der Beschäftigten und Teilnehmer/-innen geschrumpft: Zwischen 2010 und 2013 sind mehr als ein Drittel (37 Prozent) der Träger bzw. Einrichtungen aus dem Bereich der Arbeitsförderung ausgeschieden (Abbildung 4). Dies geschah durch Insolvenz, Aufgabe des Arbeitsfeldes oder auch komplette Änderung des Arbeitsfeldes.

Bis 2012 hatte sich eine nominale Kürzung von ca. einem Drittel der ursprünglichen Fördermittel für die aktive Arbeitsmarktpolitik aufgebaut (Abbildung 2). Vergleicht man den Rückgang der Fördermittel mit dem Verlaufprofil des Ausscheidens von Trägern bzw. Einrichtungen, so fällt auf, dass etwa drei Viertel und damit die meisten Akteure in den Jahren bis 2012 ausgeschieden sind.

Abbildung 4: Verlaufprofil des Ausscheidens von Trägern bzw. Einrichtungen aus dem Bereich der Arbeitsmarktförderung im Zeitraum 2010 bis 2013, Angaben kumulativ in Prozent.



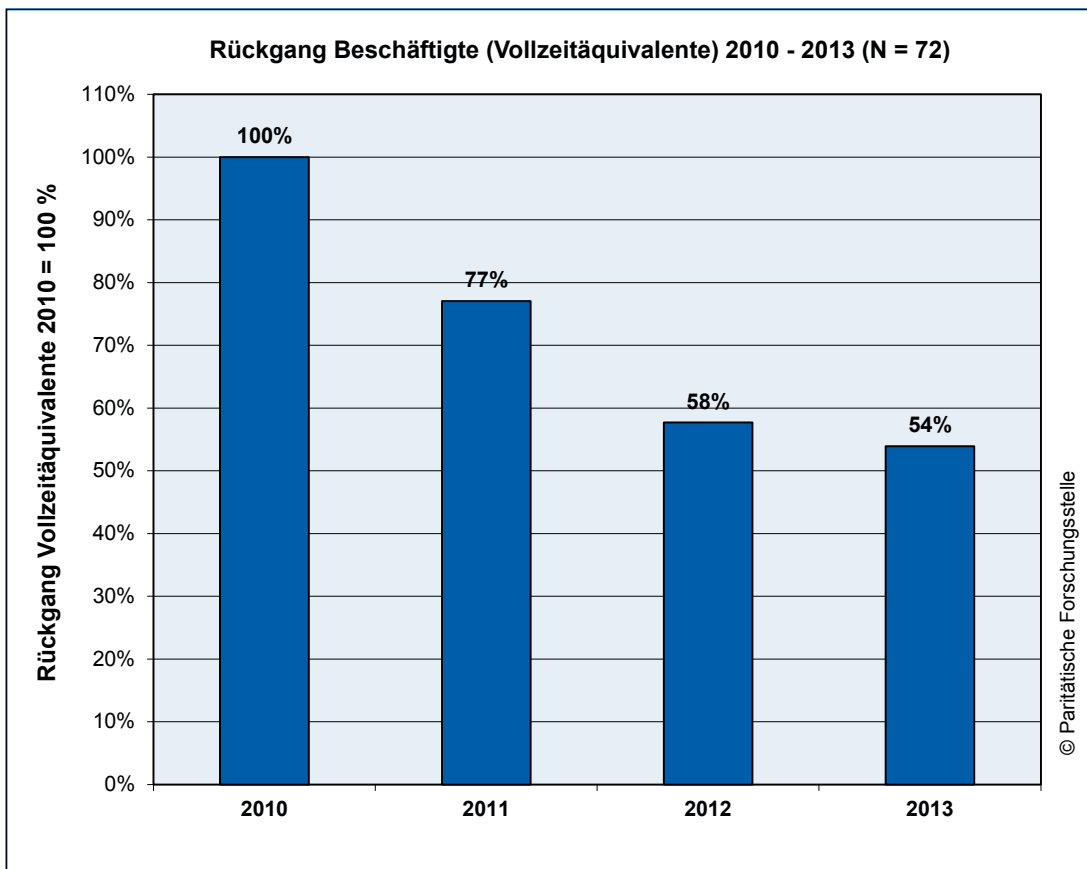
Die Beschäftigtenzahlen (Vollzeitäquivalente) in den Einrichtungen sind zwischen 2010 und 2013 fast um die Hälfte geschrumpft und betragen 2013 nur noch 54 Prozent der ursprünglichen Beschäftigtenzahlen (Abbildung 5). Ein entsprechender Rückgang in den Teilnehmerzahlen auf zuletzt 51 Prozent im Jahre 2013 ist parallel zum Rückgang der Beschäftigtenzahlen zu beobachten (Abbildung 5 und 6).

Die stärksten Rückgänge der Beschäftigtenzahlen und bei den Teilnehmern sind zwischen 2010 und 2012 zu verzeichnen (Abbildung 5 und 6). Ab 2012 und 2013 deutet sich so etwas wie eine „Konsolidierung“ bei Beschäftigten und Teilnehmer/-innen an. Die Rückgänge in der Mittelausstattung für die aktive Arbeitsmarktförderung

im Bereich SGB II, wie das in Abbildung 2 (Abschnitt 2.1) sichtbar wird, entspricht etwa den Rückgängen bei der Anzahl der Beschäftigten (Vollzeitäquivalente) und Teilnehmer/-innen (Abbildung 5 und 6).

Wie zuvor in Abschnitt 2.1 ausgeführt, wird im Vergleich der Mittelausstattung 2013 und 2014 eine gewisse Konsolidierung für die Ausgaben der aktiven Arbeitsmarktförderung sichtbar. Entsprechend können die Träger auf diesem – real allerdings beinahe halbierten Förderniveau – weiter wirtschaften. Das heißt jedoch nicht, dass die Träger im Durchschnitt mit der Hälfte der Fördermittel auskommen müssen. Durch die unterschiedlichen Träger bzw. Einrichtungen verteilen sich die verminderten Mittel auf weniger Akteure.

Abbildung 5: Rückgang der Beschäftigten (Vollzeitäquivalente) in den Einrichtungen der Träger im Zeitraum zwischen 2010 und 2013.



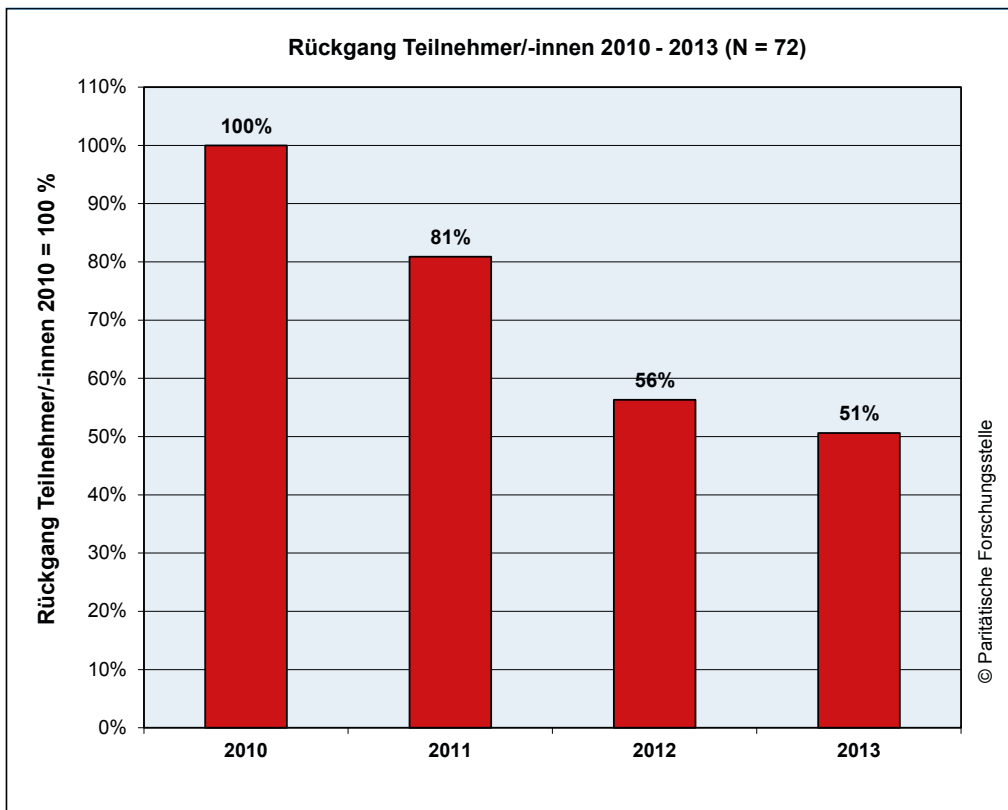


Abbildung 6: Rückgang der Anzahl der Teilnehmer/-innen im Zeitraum zwischen 2010 bis 2013.

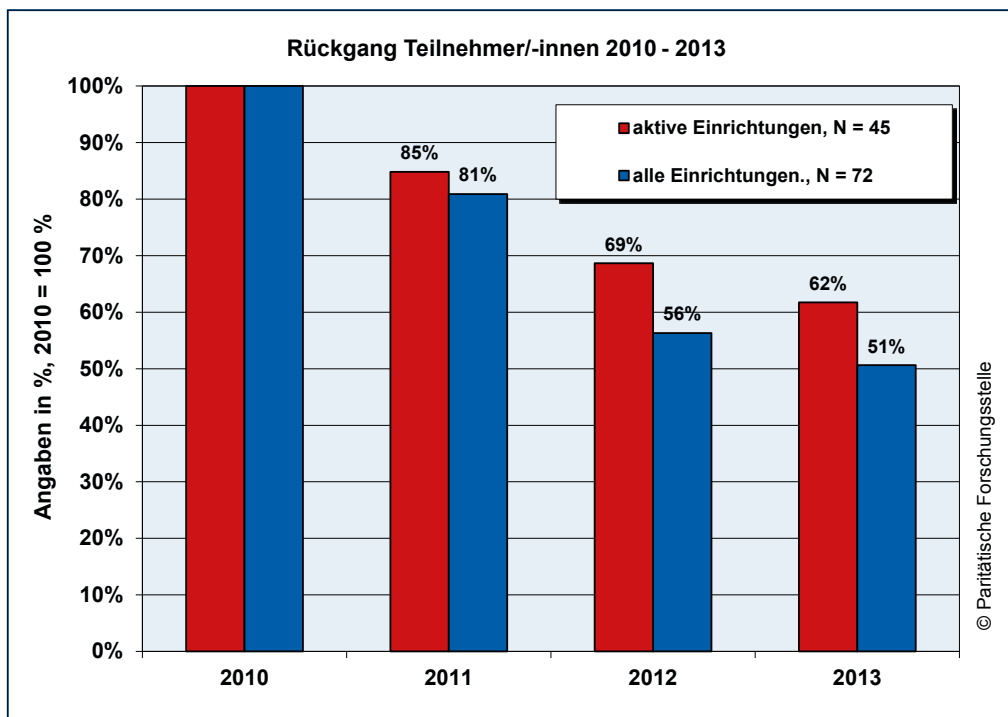


Abbildung 7: Rückgang der Anzahl der Teilnehmer/-innen im Zeitraum zwischen 2010 bis 2013 unterschieden nach allen Einrichtungen und aktiven Einrichtungen.

In Abbildung 7 wird dies sichtbar. In der Abbildung wird unterschieden zwischen dem Rückgang der Anzahl der Teilnehmer/-innen bei allen Einrichtungen und bei den aktiven Einrichtungen – ohne die ausgeschiedenen Einrichtungen. Während sich die Anzahl der Teilnehmer/-innen insgesamt fast halbiert hat, konnten die verbliebenen Einrichtungen 2012 und 2013 noch ca. zwei Drittel ihrer Teilnehmer/-innen halten (Abbildung 6). In Einzelfällen konnten die Träger

die Maßnahmen und Teilnehmer/-innen der ausgeschiedenen Organisationen übernehmen (siehe Dokumentation im Anhang). Wie der folgende Abschnitt 3.1 zeigen wird, mussten die „überlebenden“ Einrichtungen noch zusätzliche Mittel außerhalb der Förderung der Jobcenter organisieren, um ihre Maßnahmen für die Teilnehmer/-innen zu stabilisieren, allerdings auf einem niedrigeren Niveau.

3. Reaktionen der Träger auf die gekürzten Fördermittel

3.1 Veränderung der Einrichtungsgröße und der Förderstruktur

Die Veränderung der Arbeitsfördermaßnahmen in Prozenten von 2010 bis 2013 lässt sich für 72 Träger in Abbildung 6 und 8 ablesen. Insgesamt gehen die Maßnahmen von 100 im Jahre 2010 auf 51 Prozent im Jahre 2013 zurück – ein Verlust von 49 Prozent. Der Abbau insgesamt bei Arbeitsgelegenheiten und beim Beschäftigungszuschuss ist aber noch deutlicher als bei den Maßnahmen insgesamt. 2013 wurden nur noch ein Drittel der Arbeitsgelegenheiten gefördert, die 2010 noch existierten – das entspricht einem Verlust der Förderungen von zwei Dritteln. Etwa gleiche Verhältnisse zeigen sich beim Beschäftigungszuschuss, der allerdings rein quantitativ betrachtet (Abbildung 8) nur eine untergeordnete Rolle spielt. Einen ganz anderen Verlauf nehmen die sonstigen Maßnahmen, die im Jahre 2010 einen Anteil von 28 Prozent aller Maßnahmen hatten und im Jahre 2013 immer noch 26 Prozent ausmachten (Abbildung 8).

Entsprechend der Abbildung 8 haben sich die relativen Anteile der Fördermaßnahmen zwischen 2010 und 2013 recht deutlich verschoben, wie das noch deutlicher in Abbildung 9 ersichtlich ist. Von 2010 auf 2013 gehen die Arbeitsgelegenheiten von insgesamt 69 Prozent der Fördermaßnahmen auf 46 Prozent zurück, im gleichen Zeitraum steigt der relative Anteil der sonstigen Maßnahmen von 28 Prozent auf 52 Prozent und verdoppelt damit seinen relativen Anteil an allen Fördermaßnahmen. Anders ausgedrückt, der Rückgang der Arbeitsgelegenheiten und beim Beschäftigungszuschuss wurde zu einem gewissen Anteil kompensiert, indem die Träger andere Fördermaßnahmen anbieten, z. B. die Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung.

Der Rückgang der Förderung der Arbeitsmarktinstrumente hat zu einem das Tableau der Förderinstrumente in den Trägerorganisationen verändert und hat zu anderen zu Kompensationsbemühungen der betroffenen Einrichtungen geführt. Dennoch war dies kein vollständiger Ersatz, denn die Maßnahmen bzw. die Anzahl der Teilnehmer/-innen insgesamt gingen um 49 Prozent zurück.

Abbildung 8: Veränderung der Anzahl der Teilnehmer/-innen von 2010 bis 2013 für verschiedene Maßnahmen in Prozent.

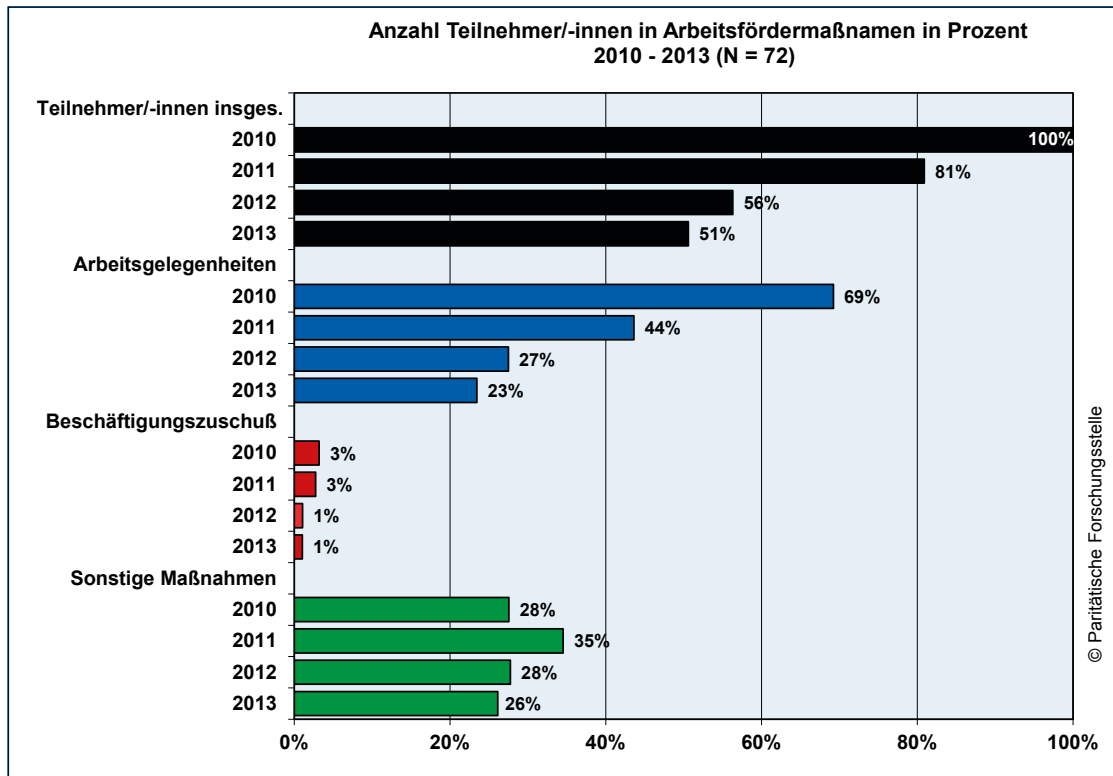
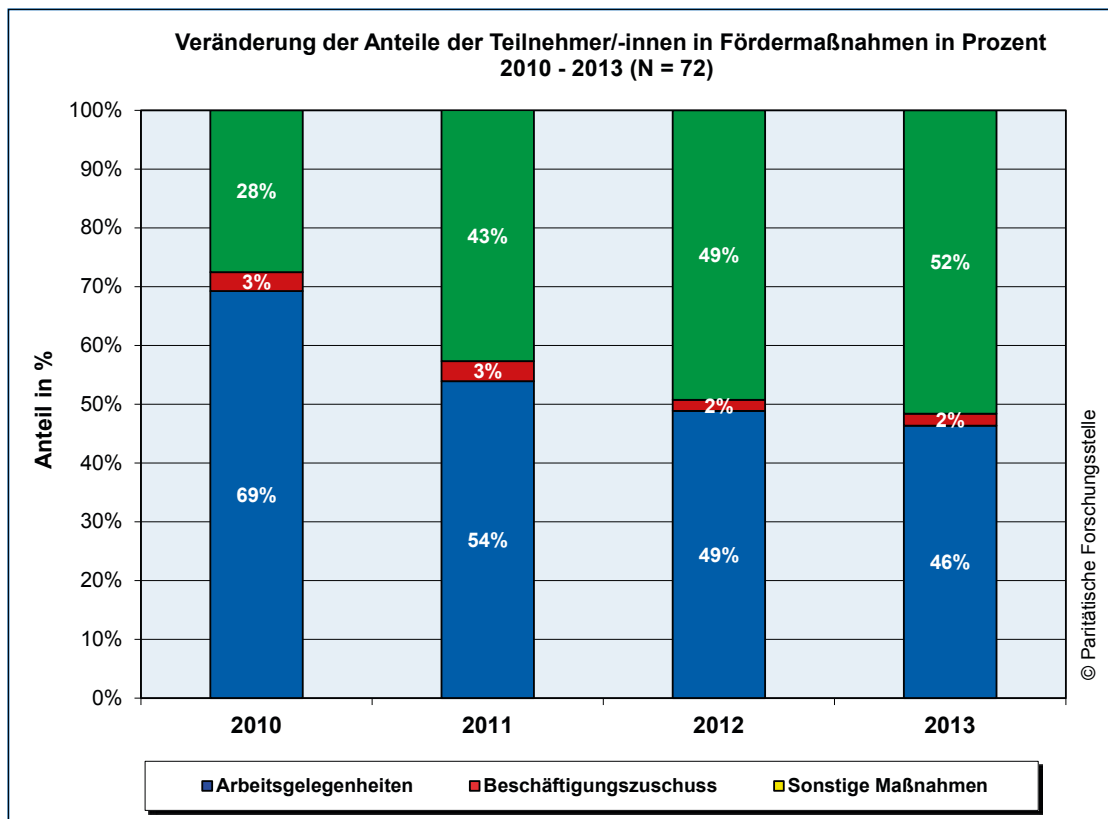
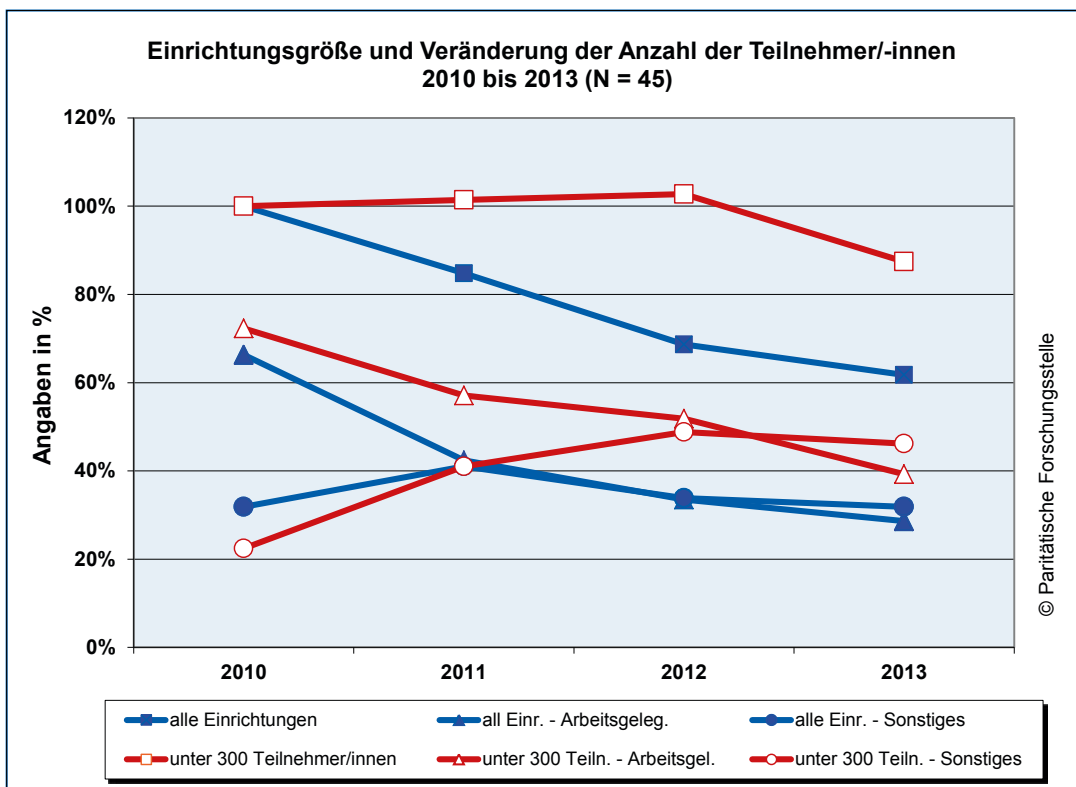


Abbildung 9: Veränderung der Anteile der Fördermaßnahmen im Zeitraum 2010 bis 2013.



Bei der Betrachtung der Einrichtungsgröße lässt sich ein weiterer Trend erkennen. In Abbildung 10 werden die Zahlen der Teilnehmer/-innen bei allen Maßnahmen, bei den Arbeitsgelegenheiten und bei sonstigen Maßnahmen für den Zeitraum 2010 bis 2013 dargestellt. Die Verläufe der Maßnahmen im Durchschnitt aller aktiven Einrichtungen werden verglichen mit kleineren Einrichtungen mit unter 300 Teilnehmer/-innen pro Jahr. Diesen kleineren Einrichtungen gelingt es tendenziell besser, ihre Einrichtungsgröße zu halten. Zum einen sinken die Arbeitsgelegenheiten weniger stark und zum anderen kompensieren die sonstigen Maßnahmen in einem noch größeren Maße – gegenüber dem Durchschnitt – Förderverluste bzw. Rückgänge bei den Teilnehmer/-innen.

Abbildung 10: Unterschiedlicher Rückgang verschiedener Maßnahmen im Durchschnitt und bei kleinen Einrichtungen bzw. Trägern.



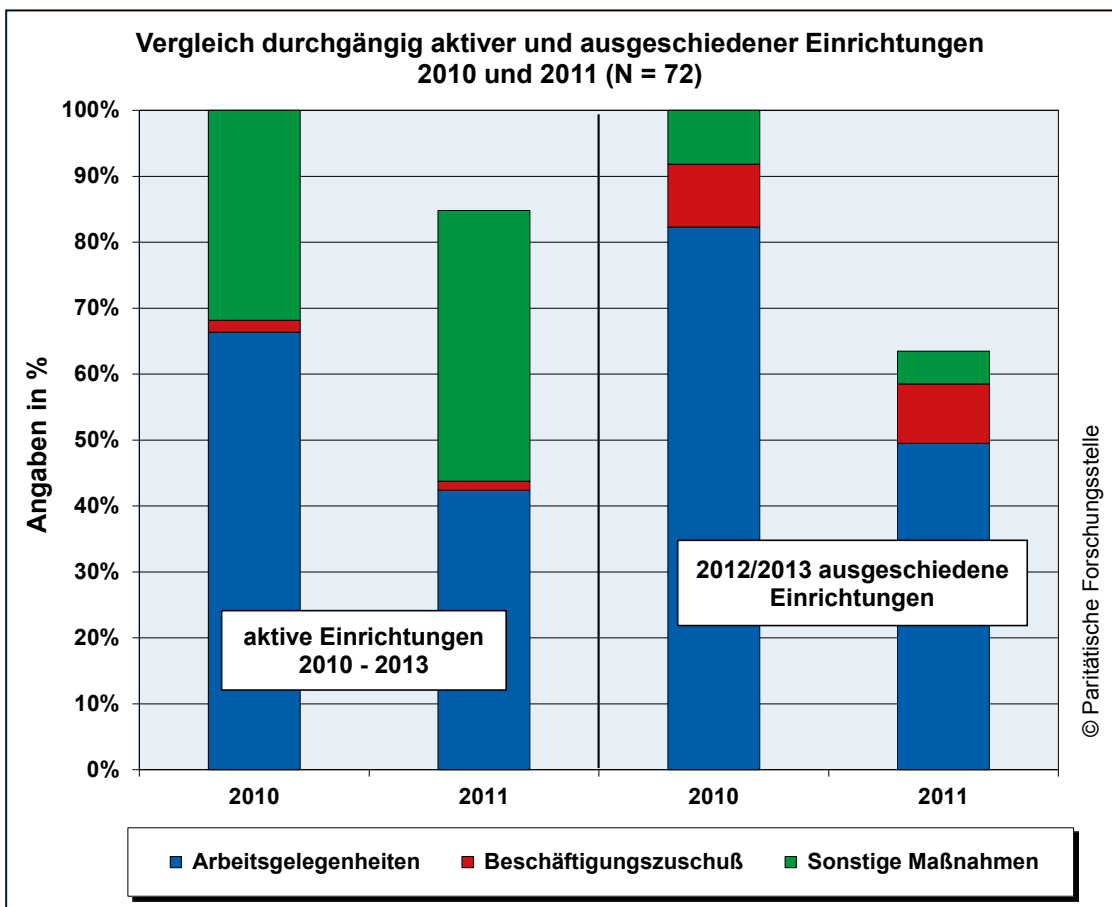
3.2 Warum sind Einrichtungen ausgeschieden?

Ein Vergleich aktiver und ausgeschiedener Einrichtungen

Der Rückgang der Anzahl der Teilnehmer und Teilnehmerinnen von 2010 auf 2013 erfolgt über zwei Mechanismen: Zum einen haben sich die Teilnehmerzahlen vermindert und zum anderen sind Einrichtungen bzw. Träger aus der aktiven Arbeitsmarktpolitik ausgeschieden. Dies lässt sich in der obigen Abbildung 7 (Abschnitt 2.3) beobachten, in der zwischen aktiven Einrichtungen und allen Einrichtungen unterschieden wird. Alle Einrichtungen konnten 50 Prozent weniger Teilnehmerinnen fördern.

Die aktiven Einrichtungen verloren hingegen nur etwas mehr als ein Drittel der Teilnehmer/-innen, in Abbildung 4 findet sich das zeitliche Profil der ausgeschiedenen Einrichtungen bzw. Träger. Zwischen 2010 und 2013 haben 37 Prozent der Träger den Bereich der aktiven Arbeitsförderung eingestellt bzw. sind in die Insolvenz gegangen.

Abbildung 11: Profile der Maßnahmen bei Einrichtungen 2010 und 2011, die 2013 noch aktiv waren oder 2012 bzw. 2013 aus der Arbeitsförderung ausgeschieden sind.



Um die Gründe zu bestimmen, die eine Einrichtung bzw. einen Träger in die Lage versetzen, trotz drastischer Kürzungen der Arbeitsmarktförderung, weiter zu bestehen, wurden im Zeitraum 2010 bis 2013 durchgängig aktive Einrichtungen mit Einrichtungen verglichen, die 2012 oder 2013 aus der Arbeitsmarktförderung ausgeschieden sind. In Abbildung 11 wird der Vergleich sichtbar: Aktive und ausgeschiedene Einrichtungen unterscheiden sich klar in ihren Maßnahme-Profilen.

„Überlebende“ Einrichtungen hatten bereits 2010 einen vielfach höheren Anteil an sonstigen Maßnahmen als die ausgeschiedenen Einrichtungen. Bei den ausgeschiedenen Einrichtungen betrug der Anteil der Arbeitsgelegenheiten und der Beschäftigungszuschüsse im Jahre 2010 über 90 Prozent, bei den durchgängig aktiven Einrichtungen weniger als 70 Prozent. Dadurch wirken sich die Kürzungen nach 2010 besonders stark bei den ausgeschiedenen Einrichtungen aus.

Den ausgeschiedenen Einrichtungen gelingt es auch nicht, den Anteil der sonstigen Maßnahmen zu steigern. Im Gegenteil: Im Jahre 2011 haben die aktiven Einrichtungen zusätzliche, alternative Maßnahmen, wie z. B. die Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung angeboten, während sich dieser Anteil bei den ausgeschiedenen Akteuren sogar verringert.

Anders ausgedrückt, die im Zeitraum 2010 bis 2013 „überlebenden“ Einrichtungen bzw. Träger waren weniger auf die Förderinstrumente Arbeitsgelegenheiten und Beschäftigungszuschuss spezialisiert als die ausgeschiedenen Akteure. Diese waren dagegen in ihrer fast gänzlichen Konzentration auf die beiden Instrumente Arbeitsgelegenheiten und Beschäftigungszuschuss besonders verwundbar gegenüber Kürzungen der Bundesagentur für Arbeit, was dann schließlich auch ihr Ausscheiden aus der Arbeitsmarktförderung verursachte.

3.3 Praxisberichte der Träger 2013

Bereits zwischen 2011 und 2012 hatten die Träger starke Einbrüche erlebt. Gerade in diesen beiden Jahren ist die Zahl der regulär beschäftigten Mitarbeiter/-innen und die Zahl der betreuten Teilnehmer/-innen massiv reduziert worden.

Im Jahr 2013 hält nach den Kommentaren der Träger insbesondere der Rückbau der Arbeitsgelegenheiten an. Zwar gibt es berechtigte Kritik daran, wie das Instrument bislang in der Förderpraxis eingesetzt worden ist, allerdings gab es auch gute Umsetzungsbeispiele. Vor diesem Hintergrund berichten die Träger von der wichtigen sozialen Funktion, die Arbeitsgelegenheiten in der Vergangenheit teilweise für Arbeitslose hatten, die darin eine tagesstrukturierende und sinnvolle Beschäftigungsmöglichkeit gefunden haben. Da diese Angebote weitgehend wegfallen sind, fehlt für viele Menschen auch eine Möglichkeit der Unterstützung in der belastenden Situation der eigenen Arbeitslosigkeit, die darin bestand, soziale Kontakte aufbauen und pflegen zu können und den Alltag ein Stück weit sinnvoll gestalten zu können. Die Träger berichten davon, dass sie Arbeitslose abweisen müssen, die sich mit der dringenden Bitte an sie gewandt haben, sie in eine Maßnahme aufzunehmen und damit ein Stückweit aus ihrer sozialen Isolation zu befreien.

Arbeitsgelegenheiten waren vor der Instrumentenreform¹⁴ für einen viel größeren Personenkreis gedacht, nämlich grundsätzlich für alle erwerbstätigen Leistungsberechtigten, die keine Arbeitsstelle finden konnten. Die Arbeitsgelegenheiten richteten sich nach der Instrumentenreform darauf, die Beschäftigungsfähigkeit von arbeitsmarktfernen Personen zu stärken und zur sozialen Stabilisierung beizutragen.

Die Träger berichten von einem starken Kostendruck bei den verbliebenen Maßnahmen, etwa dadurch, dass Maßnahmenkostenpauschalen abgesenkt wurden oder häufig deutlich weniger Teilnehmer von den Jobcentern zugewiesen wurden, als ursprünglich angekündigt und eingeplant. Einige Träger berichten davon, dass sie Langzeitarbeitslose, die mit einem hohen Unterstützungsbedarf in eine Arbeitsgelegenheit kommen, nicht mehr betreuen können. Benötigte Qualifizierungsanteile, eine sozialpädagogische oder auch psychosoziale Betreuung werden gerade in den Arbeitsgelegenheiten kaum mehr finanziert.

Über alle Fördermaßnahmen hinweg wird die kurze Laufzeit problematisiert. Sie ist nach den Berichten der Träger gerade für arbeitsmarktferne Personen – mit häufig nur wenigen Wochen oder Monaten der Förderung – zu kurz, um die angestrebten Integrationen oder wirksame Zwischenschritte in den Arbeitsmarkt zu erreichen.

Faktisch sind sozialversicherungspflichtige öffentlich geförderte Beschäftigungsverhältnisse zur Ausnahme geworden. Von einer Förderung auf Basis der neuen gesetzlichen Regelung zur Förderung von Arbeitsverhältnissen (§ 16 e SGB II) können nur einzelne Träger berichten. Mit dem Bundesprogramm Bürgerarbeit gab es zumindest eine kleine Kompensation der wegfallenden Beschäftigungsangebote, so die Rückmeldungen der Träger. Doch das wird in Zukunft nicht mehr möglich sein. Das Programm des Bundes wird Ende 2014 planmäßig beendet.

¹⁴ Das Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt ist am 1.4.2012 in Kraft getreten. Im Zuge dieser gesetzlichen Neuregelung wurden die Sparbeschlüsse der Bundesregierung zur aktiven Arbeitsmarktpolitik umgesetzt, u. a. indem der Gründungszuschuss in eine Ermessensleistung umgewandelt und Instrumente der öffentlich geförderten Beschäftigung gestrichen wurden

Anhang: Dokumentation von anonymisierten Kommentaren und Berichten der Träger 2013

- Die massivsten Kürzungen erfolgten von 2010 auf 2011. Im Jahr 2012 konnten Teilnehmerplätze durch Bürgerarbeit aufgefangen werden.
- Sorge bereitet die Weiterentwicklung von Bürgerarbeit. Ab Mitte 2014 bis Jahresende werden dann 67 Teilnehmerplätze auslaufen, die sicherlich nicht durch FAV¹⁵ oder Zusatzjobs nach 16 d SGB II vom Jobcenter aufgefangen werden.
- AGH-Maßnahmen¹⁶ "Näh- und Kreativwerkstatt" sowie "Office-Center"-Gesamtkürzung der AGH-Plätze um 31 Prozent infolge fehlender "Wettbewerbsneutralität".
- Wir steuern um, z. B. aus den AGH-Maßnahmen raus, mehr Dienstleistungen in anderen Bereichen, mehr Integrationsbetrieb, mehr Behindertenarbeit etc., z. T. Kompensation über mehr ESF-Projekte – z. B. in 2013 6 ESF-geförderte Projekte, in 2014 4 ESF-geförderte Projekte.
- FAV ist eine sparsam genutzte Maßnahme, im alten BEZ gab es deutlich mehr Förderung (JC haben weniger Geld), AGH MAE wird ein zunehmend unbrauchbares Instrument – Stellenabbau, massive Verbürokratisierung, sehr enge Auslegung der Regeln – verstärkt Ausschreibungen im Coachingbereich (§ 45 ff).
- Die Regelung, dass bei Arbeitsgelegenheiten/Zusatzjobs nicht mehr qualifiziert werden darf und die Verkürzung der Maßnahmedauer auf 6 Monate, schränkt unsere fachliche Arbeitsqualität wesentlich ein.
- Sie fragen, wie die Arbeitsagentur zählt: Wenn man die Laufzeiten verkürzt und schwächere Teilnehmer in geförderte Beschäftigung zuweist, bleibt die Anzahl der Teilnehmer gleich, weil die Stellen abgebaut und die Effekte geringer sind.
- In der Stadt werden Kürzungen teilweise aufgefangen durch den Wechsel von AGH-E (SV-Plätze) zu MAE-Plätzen bei den Trägern. Deutliche Einschränkungen ergeben sich aus dem Sachverhalt, dass in 2013 beim „In-Job-Projekt“ die Maßnahmenkostenpauschale nicht mehr nach bewilligten Plätzen (wie 2012) sondern nach tatsächlicher Auslastung erstattet werden. Dies bei erheblicher Unterauslastung durch schlechte Zuweisungen.
- Es ist beabsichtigt, die Gründung eines Integrationsbetriebes zu prüfen, um sich mittelfristig neu zu orientieren.
- 5 AGH-MAE Stellen, die wir für Vorarbeiter eingesetzt hatten, sind weggefallen.
- 7 FAV-Stellen geplant für 2013. In 2012 keine Stellen gehabt.
- Im Kreis wurde ein Träger von AGH MAE und anderen Maßnahmen vom Markt genommen, dadurch ergibt sich für uns die Chance, mehr Teilnehmer/-innen in AGH MAE und anderen Maßnahmen zu betreuen. Wir hoffen, dass wir dadurch "überleben" können.
- Es könnte sein, dass sich die Kürzungen erst im Spätjahr 2013 auswirken, da unsere Verträge mit dem Jobcenter erst Ende 2013 auslaufen.
- "pari-job-ni" musste eingestellt werden, weil Jobcenter nicht mehr bereit war, die ansonsten hoch gelobte Maßnahme weiter zu finanzieren.
- Das Jobcenter hat kaum noch Mittel zur Eingliederung zur Verfügung, unabhängig von der Art der Maßnahme.
- Kaum Mittel zur Wiedereingliederung zur Verfügung. Nicht mal Cofinanzierung für ESF-Projekte möglich.
- Einschränkungen insbesondere durch den Rückgang im Bereich BaE/Umschulungen.

15 FAV steht für die Förderung von Arbeitsverhältnissen gem. § 16 e SGB II.

16 AGH Maßnahme steht für eine Arbeitsgelegenheit mit Mehraufwandsentschädigung gem. § 16 d SGB II, im Text an anderer Stelle auch mit AGH MAE oder ähnlichem genannt.

- *Rückgänge bei den eigenen AGH-MAE-Stellen konnten insbesondere dadurch kompensiert werden, weil Stellen von einem Träger übernommen wurden, der sich aus der Arbeitsmarktförderung zurückgezogen hat. Dadurch kam es sogar zu einer Stellenausweitung. In 2013 werden wir wiederum Stellen übernehmen von einem Träger, der sich wegen der zurückgehenden Förderung pro TN-Platz aus dem Bereich AGH zurückzieht.*
- *Es ergeben sich die in diesem Jahr krassen Schritte erst im letzten Jahresdrittel durch Wegfall von Maßnahmen, den Verzicht auf Optionsziehungen sowie ausbleibende Ausschreibungen (z. B. BaE integrativ).*
- *Arbeitsgelegenheiten in dezentralen Einsatzstellen werden nicht mehr gefördert, z. B. in der Schulbetreuung, in Kindergärten, Altenheimen etc.*
- *Früher geförderte Mitarbeiter nach § 16 e SGB II (zumeist ehemalige Maßnahmeteilnehmer) müssen jetzt ungefordert weiterbeschäftigt werden. Ein Minderleistungsausgleich wird zumeist nicht von IntA gezahlt, da bei psychisch Kranken oft kein Behindertenstatus vorliegt. Da die nunmehr erbrachte Arbeitsleistung in keinem Verhältnis zur Lohnzahlung steht, ist der Betrieb finanziell massiv belastet.*
- *Die Veränderungen in Bezug auf unsere Fördermaßnahmen waren hauptsächlich von 2011 auf 2012. Die bestehenden Verträge gehen noch bis Anfang 2014. Mögliche Veränderungen sind bis jetzt noch nicht absehbar.*
- *Seit Jahren kontinuierliche Kürzung der Teilnehmer/-innen-Pauschalen, Einschränkungen der Möglichkeiten der Unterstützung/Förderung der Teilnehmer/-innen.*
- *Geplant war die Arbeit mit Aktivierungsgutscheinen, von denen aber nur noch 50 Prozent ausgegeben werden.*
- *Die befürchtete Absenkung der BVB-TN-Plätze zum Start 09/2012 auf 60 Prozent fand nicht statt, stattdessen gab es "nur" eine Absenkung auf 85 Prozent eingekaufte, neue Projekte des JC: Alleinerziehendenmaßnahme (36 Plätze) und HOPLA mit 16 Plätzen.*
- *Das Projekt Jobbörse ist im Rahmen einer öffentlichen Ausschreibung an einen anderen Träger vergeben worden, der Förder- und Betreuungsumfang ist hierbei aber gleich geblieben.*
- *Geringerer Ausschreibungsumfang in 2013 als schon in 2012; die Platzzahlen sind hierbei ebenfalls gesunken; in der Realität erfolgen die Zuweisungen nur von Mindestplatzzahlen für Teilnehmer/-innen. Bei den vorliegenden Verträgen gibt es höhere rechtliche Anforderungen und Risiken.*
- *Das Jobcenter hat in 2012 nur kurzfristige Maßnahmen durchgeführt – beispielweise die „Intensive Betreuung mit individuellem Coach“ gem. § 45 SGB III, bis zu 3 Monate Laufzeit oder „OAG – Orientieren, Aktivieren und Gesundheitsorientierung“ gem. § 45 SGB III (wenige Wochen). Die Zielgruppen sind jeweils Langzeitarbeitslose. Das ist doch wohl ein Witz, wenn man an die Nachhaltigkeit denkt, oder?*
- *Aufgrund der Einschnitte sind wir umgezogen und haben einen Standort aufgegeben.*
- *Wir sind von Seiten der ARGE seit Januar angehalten, nur noch eine reine Beschäftigungs-AGH MAE anzubieten. Eine Begleitung der Teilnehmer/-innen durch uns als Träger wird von der ARGE nicht mehr befürwortet und auch nicht mehr finanziell unterstützt. Dennoch sind wir weiterhin für unsere Teilnehmer/-innen in der AGH MAE Ansprechpartner und stehen trotzdem zur Verfügung.*
- *Seit Januar besteht unsere AGH-MAE nur noch „so halb“. Das Jobcenter hat weiterbewilligt, allerdings mit dem Zusatz, dass wir als Träger für die Teilnehmer/-innen nicht mehr zuständig sind.*
- *Aufgrund der gravierenden Veränderungen in den Rahmenbedingungen sind wir nicht mehr in Programmen und Ausschreibungen der BA aktiv. Damit hat sich das Thema erledigt.*
- *Die Trägermaßnahmen der beruflichen Weiterbildung per Bildungsgutschein und eine ESF-geförderte Qualifizierungsmaßnahme sind von den Kürzungen nicht betroffen.*
- *Kompensation weggefallener Stellen erfolgt teilweise durch Teilnahme am Modellprojekt „Bürgerarbeit“.*

- *Es gibt widersinnige Projekte wie „Bürgerarbeit“ und „Arbeit für Brandenburg“. Die AGH MAE wurde stark reduziert und bürokratisiert.*
- *Wir hatten auch 2012 das Glück, Maßnahmen zu erhalten. Gekürzt wurde nur an der Teilnehmerzahl, was nicht wirklich ins Gewicht fiel.*
- *Bei uns fiel nicht ein besonderes Projekt/Fördermaßnahme weg, sondern es gab differenzierte Entwicklungen: Teilnehmerzahlen in Maßnahmen reduziert (in allen Jobcentern); Maßnahmen mit nur noch 10 Monaten Bewilligung (ein Jobcenter); Sachmittelreduzierung (in allen Jobcentern).*
- *Eine 100-prozentige FAV-Förderung ist nicht möglich, da vom Senat für Soziales zusätzliche gemeinnützige Tätigkeiten im Rahmen der regulären Tätigkeit des Trägers nicht befürwortet werden.*
- *Durch Mietkürzungen (trotz bekannter Probleme mit offenen Wohnungen, religiösen Sondergemeinschaften) musste das Kinder- und Familienhaus zum Ende des Jahres geschlossen werden. Die Arbeit wurde in einen anderen Ort verlagert.*
- *Die sozialpädagogische Betreuung der Teilnehmer/-innen ist nicht mehr erlaubt. Damit ist eine Weitervermittlung auf dem ersten Arbeitsmarkt oder in Ausbildungen nicht mehr möglich. Für die Teilnehmer/-innen, die nicht mehr auf dem ersten Arbeitsmarkt arbeiten können, fällt so eine sinnvolle Beschäftigungsmöglichkeit und Teilnahme am beruflichen und damit gesellschaftlichen Leben weg.*
- *Von 5 Maßnahmen der Jobcenter fällt eine Maßnahme komplett weg.*
- *Die Trägermaßnahmen der beruflichen Weiterbildung per Bildungsgutschein und eine ESF-geförderte Qualifizierungsmaßnahme sind von den Kürzungen nicht betroffen.*
- *Der Träger braucht mehr geförderte Arbeitsmarktmaßnahmen, um Menschen in soziale Kontakte zu bringen. Viele sitzen Zuhause und fragen immer wieder nach geförderten Maßnahmen, um mal raus zu kommen. Je mehr geförderte Maßnahmen es gibt, desto mehr kann ein Träger bewirken, vor allem im Freizeitbereich für Jugendliche und im Bereich der Alten- und Behindertenhilfe.*
- *Bei der Umfeldgestaltung in den Einrichtungen des Trägers wird ebenfalls zusätzliche Unterstützung benötigt. Viele Arbeiten sind nur durch den verstärkten Einsatz und der Initiative von ehrenamtlichen Mitarbeitern realisierbar. Der Träger ist auch auf die Bereitschaft der Mitarbeiter zur aktiven Mitarbeit angewiesen.*
- *Nach wie vor keine AGH MAE mehr. Aktuell nur Bürgerarbeit mit insgesamt 5 Teilnehmer/-innen.*
- *Bei dem kleinen Verein arbeiten nur noch ehrenamtliche Helfer/-innen mit Ein-Euro-Kräften zusammen. Durch die Zwischenschaltung einer Regiestelle haben kleine Vereine keinen direkten Kontakt mehr mit dem Jobcenter in der Umsetzung von Arbeitsgelegenheiten. Das ist aus Sicht eines kleinen Vereins nachteilig.*
- *Es gab schon von 2011 zu 2012 Einschränkungen, die sich in 2013 noch erhöhen.*
- *Das AGH-MAE Projekt „Jugendliche – keine Zukunft ohne Chance“ wurde Ende August 2011 nach 7-jähriger Laufzeit nicht weitergeführt, aber in 2013 nochmal für ein halbes Jahr befristet (bis August 2012) bewilligt.*
- *Seit 2012 erhält unsere Einrichtung keine Arbeitsfördermaßnahmen mehr.*
- *Leichter Rückgang der Eintrittszahlen bei AGH MAE.*
- *Die Reduzierungen für 2012 waren doch größer als ursprünglich erwartet (35 Prozent), sodass 2013 im Verhältnis zum Vorjahr die Reduzierung vermutlich geringer ausfällt (10 Prozent).*
- *Durch eine konstruktive Zusammenarbeit mit dem Jobcenter können wir als Einrichtung auch 2013 die notwendigen Maßnahmen realisieren.*

Impressum

Herausgeber:

Der Paritätische Gesamtverband
Oranienburger Str. 13-14
D-10178 Berlin
Telefon +49 (0) 30 - 24636-0
Telefax +49 (0) 30 - 24636-110

E-Mail: info@paritaet.org
Internet: www.paritaet.org

Verantwortlich im Sinne des Presserechts:
Dr. Ulrich Schneider

Alle Rechte vorbehalten

1. Auflage April 2014

Autoren:

Dr. Rudolf Martens und Tina Hofmann,
Der Paritätische Gesamtverband

Kontakt:

Paritätische Forschungsstelle
Telefon +49 (0) 30 - 24636-313
Telefax +49 (0) 30 - 24636-130
E-Mail: forschung@paritaet.org

Gestaltung:

Christine Maier, Der Paritätische Gesamtverband

Titelbild:

© froxx – Fotolia.com



Oranienburger Str. 13-14
10178 Berlin
Tel. 030-2 46 36-0
Fax 030-2 46 36-110

www.paritaet.org
info@paritaet.org